dzi

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Arbeitsbericht 1984

DZI – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen – (Archiv für Wohlfahrtspflege) – Stiftung bürgerlichen Rechts – Gründungsjahr 1893 – Miquelstraße 83 – 1000 Berlin 33 – Tel.: (030) 8324041 – Btx-Nr. *44040# – Konten: Postgiroamt Berlin West Nr. 59997-105 (BLZ 10010010) – Bank für Sozialwirtschaft Nr. 30152/00 (BLZ 10020500) – Dienstzeit: 9.00–15.00 Uhr (Kernzeit) – Öffnungszeiten der Bibliothek: Montag bis Donnerstag 8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.00 Uhr.
Stiftungsträger: Der Senat von Berlin – Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit – Industrie- und Handelskammer zu Berlin – Deutscher Städtetag – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAG).

Arbeitsbericht 1984

Inhalt

1. Grundlagen

2. Ziele
2.1 Zweck der Stiftung
2.2 Arbeitsziele
2.3 Sonstige (abgeleitete) Ziele

3. Mitteleinsatz

4. Wechsel in der Geschäftsführung

5. Bibliothek
5.1 Literaturerfassung
5.2 Literaturdienst

6. Organisationen-Dokumentation
6.1 Spender- und Organisationenberatung

7. Verlag

8. Projekte
8.1 Bibliographie
8.2 Video-Film
8.3 Btx
8.4 IZ
8.5 EDV-Ausbau der Datenerfassung
8.6 Sonstige Aktivitäten
8.7 Fortbildungsreihe „Betriebliche Sozialberatung"
8.8 Das DZI und die Öffentlichkeitsarbeit

9. Planungen und Aussichten

10. Dank

11. Gremien
11.1 Vorstand
11.2 Geschäftsführung
11.3 Beirat

12. Zahlenwerk

1. Grundlagen

Grundlagen und Zweck dieses Berichtes sind

- die dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen auferlegte Auskunfts- und Rechenschaftspflicht gegenüber der Stiftungsaufsichtsbehörde beim Senator für Justiz (sie ist in § 9 Abs. 3 der Stiftungsurkunde und im § 8 Abs. 1 des Berliner Stiftungsgesetzes beschrieben),
- der Wunsch der Mitglieder des Vorstandes und des Geschäftsführers, den nicht im Vorstand vertretenen Zuwendungsgebern, den Mitgliedern des Beirats der Stiftung und des Fördervereins, den Freunden des DZI sowie allen Interessierten Einblick in die Arbeit des Instituts zu geben, um so eine verantwortliche und kritisch konstruktive Mitarbeit zu ermöglichen und
- letztlich den mit der Arbeit verantwortlich Befaßten mit der Zusammenstellung des Berichts ein nochmaliges Überdenken der Arbeitsabläufe und der gefällten Entscheidungen im Berichtsjahr zu ermöglichen.

2. Ziele

2.1 Zweck der Stiftung

§ 2 der Stiftungsurkunde vom 20.2.1957 legt fest: „Die Stiftung bezweckt in ausschließlich gemeinnütziger Weise die Unterhaltung und Fortführung des Archivs für Wohlfahrtspflege als Sammlungs-, Auskunfts- und Forschungsstelle für das gesamte Gebiet der sozialen Arbeit, unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse der praktischen Wohlfahrtsarbeit. Das Archiv umfaßt in seinen Sammlungen Material über Praxis und Theorie auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege, das der organisatorischen Entwicklung wie der wissenschaftlichen Forschung dient. Das Archiv steht allen an der Wohlfahrtspflege interessierten Kreisen und Personen, insbesondere Behörden, Hochschulen, Sozialen Fachschulen, Organisationen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, den Trägern der Sozialversicherung und den Industrie- und Handelskreisen zur Verfügung."

2.2 Arbeitsziele

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen ist de facto eine öffentliche Einrichtung, die im wissenschaftlichen und praktischen Bereich der Sozialarbeit und – bezogen auf die Spenderberatung – im humanitären Bereich ein Informations- und Dokumentations-Serviceangebot vorhält. Darüber hinaus publiziert das DZI Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesen Themenbereichen. Konkret umfaßten die drei Hauptarbeitsgebiete

1. die computergestützte Literatur-Dokumentation im Rahmen der Spezialbibliothek,
2. das im Jahre 1893 gegründete Wohlfahrtsarchiv und
3. die Herausgabe der Zeitschrift „Soziale Arbeit" und anderer Publikationen im eigenen Verlag.

Darüber hinaus sollten auch im Berichtsjahr Einzelprojekte umgesetzt werden. Dabei

konnte aufgrund der fachlichen Kompetenz und organisatorischen Flexibilität der Nachfrage von Institutionen und Einzelpersonen voll entsprochen werden. Nicht zuletzt konnte durch die außerhalb des festgesetzten Haushaltsvolumens honorierten Aufträge der Anteil der Eigenleistung am Gesamthaushaltsvolumen vergrößert werden.

2.3 Sonstige (abgeleitete) Ziele

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation war es die Absicht der Leitung, den fachlichen Stellenwert des Instituts wie sein Leistungsvolumen durch organisatorische Maßnahmen ohne Erweiterung des Stellenplanes und ohne erhebliche Ausdehnung des Haushaltsvolumens zu erhöhen. Die soziale Sicherung der Mitarbeiter mußte dabei Grundelement der notwendigen Dispositionen sein.

3. Mitteleinsatz

Wie der Anhang (12.) ausweist, standen der Stiftung insgesamt ca. DM 1,3 Mio. für das Haushaltsjahr 1984, die überwiegend (97,4%) durch den Senator für Gesundheit, Soziales und Familie und das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bereitgestellt wurden, zur Verfügung. Anteilig waren (und sind) die Personalkosten im Gesamthaushalt sehr hoch, was Entsprechung und Hinweis auf den Charakter des DZI ist: Nämlich im direkten und im übertragenen Sinne ein Dienstleistungsbetrieb zu sein, der die Erstellung von Dokumentationen und die Bereitstellung von Informationen und weitergehendem Know-how sowie Beratungstätigkeit zur Verfügung stellt. Die notwendigen Sachmittel mußten sich trotz geschickter Kompensationsverabredungen (Austausch von Abonnements u.ä.) haushaltsmäßig auf ein Minimum beschränken. Der Vorstand des Fördervereins hat aufgrund dieser Tatsache auch im Jahre 1984 mit seinen zu vergebenden Mitteln Anschaffungen möglich gemacht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und das Hilfswerk Berlin haben mit größeren Beträgen als außerordentliche Zuwendungen zur Stützung der Arbeit der Stiftung (Wohlfahrtsarchiv) beigetragen.

Die für die Arbeit notwendigen Räumlichkeiten waren auch 1984, wie früher schon erwähnt wurde, nur mit Einschränkungen als ausreichend zu bezeichnen. Vorstand wie Geschäftsführung begrüßen die derzeit laufenden Initiativen, dem Institut eine sach- und arbeitsablaufkonforme Unterbringung zu beschaffen.

4. Wechsel in der Geschäftsführung

In seiner Sitzung vom 20. Januar 1984 haben die anwesenden Vorstandsmitglieder einstimmig den 45jährigen Diplom-Kaufmann Lutz E. Worch mit der Geschäftsführung zum 1. April 1984 beauftragt. Die Geschäfte wurden von seinem Vorgänger ordnungsgemäß übergeben.

5. Bibliothek

Die Bibliothek ermöglichte auch weiterhin, im direkten Zugriff (Online) oder in Form von ausgedruckten Listen Literaturnachweise zu einzelnen Themen oder zu Themenkombinationen titelmäßig und ggf. mit inhaltlichen Kurzbeschreibungen abzufragen. Im Vorfeld dieses Angebotes werteten wissenschaftliche Mitarbeiter Zeitschriften und Bücher regelmäßig und systematisch inhaltlich aus, was ca. 4000 Dokumentationseinheiten ergab. Formal wurde das Material von einer Bibliothekarin erschlossen. Ergänzend wurden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Zeit Beratungen in Hinsicht auf die Handhabung des öffentlich nutzbaren Terminals, der Nutzersystematik wie der Inhalte geleistet. Die zahlenmäßige Dokumentations- und Nutzeranalyse ist im Zahlenwerk wiedergegeben. Der Rückgang der Benutzerzahl ist vor allem der Einführung von Nutzungsentgelten zuzuschreiben gewesen. Die Standardrecherchen kosteten seit dem 1.3.1984 DM 15,– und Individualrecherchen DM 65,–. Für Mitglieder des Fördervereins wurden die Preise auf DM 10,– bzw. DM 30,– ermäßigt. Die Einführung dieser Gebühren war notwendig geworden, um den Haushalt für dieses Arbeitsgebiet zu entlasten.

5.1 Literaturerfassung

Die bereits in den Vorjahren für die Zeitschriften-Dokumentation erfolgreich eingesetzte Methode der Online-Datenerfassung konnte im Jahre 1984 auch für die Erschließung von Monographien angewendet werden. Basisunterlage für die Entwicklung der entsprechenden Ablauf-Software war, wie in der Zeitschriften-Erschließung, das Regelwerk des Fachinformationssystems 13 Sozialwissenschaften. Verfahrenstechnisch wurde damit eine einheitliche Form der Verarbeitung der Literaturzugänge des DZI entwickelt und ablaufsicher abgeschlossen.

Für die Literaturerfassung wurden im Berichtszeitraum drei Datensichtgeräte eingesetzt. Sie erfolgte weiterhin ausschließlich über marktübliche Dateibearbeitungs-Software, sogenannte Editoren, und nicht über Spezialprogramme. Weitere Nebenfunktionen wie Datenprüfung, Datenaufbereitung und Datenauflistung wurden mit Komponenten des Siemens-Betriebssystems 2000 und Software-Angeboten des Host-Rechenzentrums (Konrad-Zuse-Institut Berlin) in überschaubaren Prozeduren, die fallweise im Rechner aufgerufen werden, erfüllt.

5.2 Literaturdienst

Im Bereich der Literaturdienste hat sich das Datenbanksystem GOLEM der Firma Siemens bestens bewährt. Es gab, abgesehen von einigen anlagetechnischen Ausfällen im Rechenzentrum, keine nennenswerten Zeiten des Ausfalls für die Recherchearbeit. Für deren Ergebnisse konnten unterschiedliche Druckprozeduren geschaffen werden, so daß je nach Bedarf Literaturnachweise unterschiedlichen Umfangs je Titel erstellt werden konnten. Der beachtlich vermehrte Umfang an Druckerleistung wurde vom Host-Rechenzentrum in guter Qualität und ohne Zeitverlust erbracht.

6. Organisationen-Dokumentation

Aufgrund der Entscheidung, eine Neuauflage des „Graubuches" („Der Führer durch das soziale Berlin") in die Wege zu leiten, wurde im Sommer 1984 das dazugehörige Konzept entwickelt. Es bezog weitgehend den Einsatz von EDV in die Vorbereitungsarbeiten ein und sah die Aufnahme von ca. 8000 Institutionen und Organisationen des Landes Berlin – analog zur Literaturerfassung – im Online-Verfahren vor. Ähnlich wie in der Literatur-Dokumentation mußte ein Regelwerk für die Erfassung und Erschließung der Profildaten geschaffen werden. Zur Aktualisierung der vorhandenen Profildaten der diversen Dienststellen, Institutionen und Organisationen wurde eine Datenerhebung vorgenommen. Deren Ergebnisse sowie die Daten aus Sekundärmaterialien wie Verzeichnisse der Behörden, Broschüren u. ä. Quellen, wurden nach dem Regelwerk für die Datenerfassung aufbereitet. Ziel der elekronischen Erfassung ist, eine Datenbasis zu gewinnen, die auch für künftige „Graubuch"-Auflagen und für andere Informationsdienste leicht aktualisierbar und unter verschiedenen Aspekten anwählbar sein wird. Als Verwaltungssystem wurde, wie bereits im Literaturbereich, die Siemens-Software GOLEM gewählt.

Da im Hause Bernadottestraße, wo sich die Organisationen-Abteilung des DZI befindet, keinerlei technische Voraussetzung für einen Online-Betrieb gegeben war, mußten zunächst Datenleitungen vom Hause Miquelstraße hierher verlegt werden. Danach konnte ein erster Datenendplatz in der Organisationen-Dokumentation des DZI installiert werden. Bisher wurde wie im Bereich Literatur am Siemens-Datensichtgerät mit Hardcopy-Druckeranschluß erfaßt. Das Gerät wurde Ende des Jahres durch einen modernen Terminal-Arbeitstisch ergänzt. Damit waren die technischen Voraussetzungen sowohl für den Datenerfassungsbetrieb im Organisationenbereich als auch für Recherchen geschaffen. Die Datenerfassung zum „Graubuch" konnte im Spätsommer 1984 gestartet werden und verlief, wie auch im Literaturbereich, seitdem technisch einwandfrei. Die starke Auslastung des Betriebsrechners im Host-Rechenzentrum hatte jedoch nachteilige Folgen für die Datenerfassungsprozesse im DZI. Zeitbedingungen der Datenerfassungsprozesse entwickelten sich immer ungünstiger und beeinflußten die Durchsatzrate negativ. Der Einsatz des flexibleren und vielseitigeren Datenerfassungs- und -aufbereitungs-Softwaresystems TOM.EDIT konnte die Zeitbedingungen nicht verbessern.

Angesichts der Datenmassen, die bereits im Projekt „Graubuch" am Datenendplatz verarbeitet werden mußten, wäre ein zweiter Datenendplatz für die technische Erschließung des gesamten Organisationenbereichs zweckmäßig. Ein dritter Datenendplatz könnte schließlich, wie bereits im Bereich Literatur, als Einrichtung für Recherchen den Informationsbedürfnissen der Anfragenden dienen.

6.1 Spender- und Organisationenberatung

Die älteste Aufgabe des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, die Erfassung und

Ausdeutung der Aktivitäten von humanitären Hilfsorganisationen, wurde auch 1984 im 93. Jahr fortgeführt. Traditionell werden an dieser Stelle Menschen in Not und solche, die helfen können und wollen, vermittelt. Dazu hat das DZI Informationen auf der Basis freiwilliger Kooperation weiter archiviert und ausgewertet. Die ursprüngliche Aufgabe wurde auch im Berichtsjahr dahingehend interpretiert, überwiegend Auskünfte über die Seriosität der Hilfsorganisationen zu geben. In der Spenderberatung sah und sieht das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen eine Schutzfunktion und versteht sich als Anwalt der Spender. Doch auch mit den Organisationen pflegt das DZI enge Kontakte. Die meisten von ihnen sind bereit, konstruktive Kritik und Empfehlungen zu akzeptieren. Auch viele Institutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen hier Beratung in Anspruch, so z. B. Mitglieder des Bundestages, traditionell die deutsche Industrie und vor allem die Medien. Insgesamt wuchs 1984 der Zuspruch um etwa 20%. Dabei zeigten sowohl Informationsangebote als auch Nachfragen dieselbe steigende Tendenz. Fast dramatisch für die Arbeitsabläufe des DZI hatte sich Ende November die Zahl derer erhöht, die um Auskunft über die Seriosität von Spendenorganisationen baten. An einem einzigen Tag trafen 998 Briefe mit ca. 5000 Anfragen ein. Diese Entwicklung hatte unterschiedliche Gründe.

Die allgemein angespannte finanzielle Lage auch im Sozialbereich hatte viele Institutionen unterschiedlichster Art dazu bewogen, im Rahmen der Gemeinnützigkeitsregelung am Spendenmarkt ihre Haushaltsdefizite zu decken. Da nach der Beobachtung des DZI die Gesamtsumme der Spenden (ca. DM 3,5 Mrd.) nicht oder nur geringfügig stieg, nahm nur die Nachfragerseite am Markt zahlenmäßig zu, das zur Verteilung kommende Gesamtvolumen aber blieb weitgehend konstant. Folglich zeigten sich Symptome eines Verdrängungsmarkts mit zunehmender Verunsicherung der Spender.

Ein Nachfrageüberhang ergab sich nicht nur im Spendensammelbereich, sondern auch dort, wo Hilfe real gesucht wurde. 1984 war es besonders solche aus Afrika. Die Medien hatten ausführlich und wiederholt über die Dürrekatastrophen berichtet. Deutsche Spender hatten diesen Hilferufen entsprochen. Man wollte geben, sich aber vorher informieren.

Die im Sammelbereich besonders aktiven Unternehmen sahen sich auch 1984 einer zunehmenden Konkurrenz gegenüber. Das Ergebnis war u. a. immer größer, greller und zwangsläufig auch teurer werdende Werbung. Die zu diesem Zeitpunkt beliebtesten Akquisitionsmethoden waren neben Großanzeigen das sogenannte „direct mailing", also das Versenden von Briefen über angekaufte oder auf andere Art beschaffte Adressen. Über die Mitgliederwerbung ergaben sich aufgrund eklatanten Mißbrauchs viele Nachfragen beim DZI. Grund dafür war im Gegensatz zur sogenannten Spenderpflege die schnelle Ausbeutung von meist nur überredeten Hilfswilligen.

Krassester Auswuchs dieser Entwicklung war in einem Fall ein Provisionsanteil von 92 DM an einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von 120 DM und in anderen Fällen ein

Werbe- und Verwaltungskostenanteil von 81%. Diese Tatsachen waren von der Zahl her selten, der tatsächliche Schaden jedoch hoch, der ideelle unermeßlich. Leider mußte das Wohlfahrtsarchiv auch eine sich ins Primitive verkehrende Werbung feststellen, die überwiegend Gefühle wie Angst und schlechtes Gewissen hervorrufen sollte, anstatt Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Alles in allem war der kritische Bürger nicht mehr bereit, sich seinen freiwilligen Beitrag gegen die Not in der Welt quasi durch Dauerauftrag abbuchen zu lassen.

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen hat auch 1984 versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten der steigenden Zahl von Nachfragen gerecht zu werden. Unter dem aktuellen Eindruck des öffentlichen Informationsbedürfnisses beschloß der Vorstand des Fördervereins, die Spenderberatungsarbeit durch Anschaffung eines Computer-und Schreibsystems zu verbessern. Weitere fühlbare Arbeitsnormalisierung kann nur mit der zusätzlichen Einrichtung einer Planstelle im Wohlfahrtsarchiv erreicht werden.

Insgesamt drängt sich nach den Eindrücken auch des Jahres 1984 der Schluß auf, daß einerseits die Beratungsarbeit ausgedehnt und verbessert, aber auch intensiv darüber nachgedacht werden muß, wie auf der Basis von freiwilliger Zusammenarbeit aller Betroffenen Mißbrauch des liberalen Spendenwesens ausgeschlossen oder zumindest eingeschränkt wird.

7. Verlag

Der Vertrieb des Handbuches „Stichwort Spendenwesen" wurde fortgesetzt. Verstärkte Bemühungen galten den beiden Verlagsobjekten „Graubuch" („Der Führer durch das soziale Berlin") und „Soziale Arbeit". Für die Loseblatt-Sammlung „Graubuch" wurde im Herbst mit den vorbereitenden Arbeiten für die 14. Auflage (s. auch 6) begonnen. Sie erwiesen sich als umfangreicher als zunächst angenommen wurde, denn seit der 13. Auflage aus dem Jahre 1977 hatte sich das soziale Berlin in seinen Strukturen zum Teil erheblich verändert, nicht zuletzt auch dank staatlicher Förderung des äußerst expansiven Selbsthilfebereichs.

Die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit" wurde traditionell in zehn Einzelheften und einer Doppelausgabe herausgegeben. Die Abonnentenzahl konnte im Berichtsjahr nur mit großer Anstrengung gehalten werden. Konzeptionsgespräche in der Redaktion und im Redaktionsbeirat machten vor allem die Notwendigkeit einer inhaltlichen und formalen Überarbeitung deutlich. (Sie erfolgte am 1.1.1985.)

Folgende Themenbereiche wurden schwerpunktmäßig behandelt:
Zielgruppenarbeit (1/84)
Organisationen- und Verbandspolitik (2/84)
Schwangerenfürsorge (3/84)
75 Jahre soziale Berufsausbildung in Berlin, 75 Jahre FHSS (4/84)
Wohnungspolitik für Zielgruppen (5/84)

Jüdische Wohlfahrtspflege (6/84)
Gesellschaft und Sucht (7/84)
Ehrenamt und Selbsthilfe (8–9/84)
80 Jahre Evangelische Fachhochschule Berlin (10/84)
Frauenemanzipation (11/84)
Sozialpolitik (12/84)

Insgesamt konnte sich die Zeitschrift im Berichtsjahr trotz der o.g. Schwierigkeiten gegen wachsende Konkurrenz behaupten. Erhebliche Etatkürzungen in den öffentlichen Bibliotheken hatten andere Publikationen härter getroffen. Es wurde deutlich, daß das DZI unter allen Umständen auch weiterhin dieses Organ erhalten und entwikkeln sollte, um hier in einem unabhängigen Medium seine und die Erkenntnisse anderer Experten auf dem Gebiet der praktischen Sozialarbeit veröffentlichen zu können.

8. Projekte

8.1 Bibliographie

Für den Kongreß „Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik – Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, freie und lokale Initiativen", der am 7. und 8. Juni im Evangelischen Johannesstift Berlin stattfand, wurde im Auftrag des Senators für Gesundheit, Soziales und Familie eine Bibliographie zu den Themen „Ehrenamt/Selbsthilfe/Sozialstation" erstellt. Die Auflage betrug 750 Exemplare. Das Gesamtvolumen belief sich auf DM 13 210,–.

8.2 Video-Film

Das 1983 begonnene Projekt wurde mit einem Volumen von DM 13 000 weitergeführt und entwickelt. So konnte der dreiteilige Film „Selbstversorgung/Haushaltsführung für geistig behinderte Menschen" abgeschlossen und mit den Vorbereitungen für die Produktion „Diagnose Brustkrebs" begonnen werden. In bezug auf die Benutzerfrequenz wurde die starke Abhängigkeit dieses Mediums von einer kontinuierlichen Informationsarbeit deutlich. Eine erneute Werbeaktion wurde deshalb für 1985 beschlossen.

8.3 Btx

Durch eine Zuwendung der Sparkasse der Stadt Berlin West (PS-Sparen) übernahm das DZI den Auftrag, eine praxisorientierte und bürgernahe Kurzversion des oben erwähnten „Graubuches" mit Hilfe des elektronischen Mediums im Btx-Verfahren für 1985 zu erstellen.

8.4 IZ

Im Rahmen eines zeitlich äußerst begrenzten Auftrags lieferte das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen dem Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ), Bonn, 2000 Dokumentationseinheiten (1700 praxisorientierte und 300 wissenschaftliche). Der

Auftrag war insbesondere deshalb angenommen worden, um die eigenen Einnahmen aufgrund einer dahingehenden Empfehlung des Hauptzuwendungsgebers zu erhöhen.

8.5 EDV-Ausbau der Datenerfassung

Das 1982 dahingehend begonnene Projekt wurde auch 1984 weiter fortgeführt. Es sah, wie bereits berichtet, den formalen und inhaltlichen Ausbau der Anpassung an die Erfordernisse des Instituts vor.

8.6 Sonstige Aktivitäten

Als Partner der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin veranstaltete das DZI mit Unterstützung des Senators für Wirtschaft und Verkehr und mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge vom 11. bis 13. September eine Fachtagung unter dem Titel „Sozialarbeiterausbildung in Europa".

8.7 Fortbildungsreihe „Betriebliche Sozialberatung"

Mit zunehmender Beteiligung wurde die Fortbildungsreihe für betriebliche Sozialarbeiter weitergeführt. Für die Themen „Schwerpunkte der Sozialpolitik des Senats von Berlin für den Bereich der Sozialpraxis", „Arbeit und Problematik eines Berliner Frauenhauses", „Geschichte und Bedeutung der ersten deutschen Frauenbewegung für die heutigen Frauen", „Sozialarbeit für Arbeitnehmer in familiären Krisen und bei Erziehungsproblemen", „Sozialarbeit und Technologie" sowie „Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 auf die Sozialpraxis" konnten profilierte Persönlichkeiten als Referenten gewonnen werden.

8.8 Das DZI und die Öffentlichkeitsarbeit

Das Staatsgefüge der Bundesrepublik Deutschland steht unter der Handlungsmaxime der sozialen Marktwirtschaft. Menschliches Mit- und Füreinander auf der einen, weitgehend freier Wettbewerb auf der anderen Seite sollen nicht Gegensätze bilden, sondern sich ergänzen. Die sich aus der menschlichen Interessenvielfalt ergebenden möglichen Konfliktansätze wollte das DZI 1984 und will es auch in Zukunft mit zunehmender Öffentlichkeitsarbeit überbrücken helfen. In diesem Sinne wollte und will das Institut eine Service-Einrichtung für Helfer sein oder für solche, die das Helfen lernen. Diese Hilfe für Helfer muß deutlich erkennbar und kontinuierlich ansprechbar sein. Sie stützte sich dabei auf folgende Grundgedanken:

Das Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung von einer Vielzahl von religiösen, ideologischen und sozialen Gruppen inhaltlich und formal bestimmt. Die Unterschiedlichkeit ihrer Meinungen ist systemimmanent; die daraus entstehenden Spannungen zwischen den Meinungsgruppen ist die Folge. Hier sollte Öffentlichkeitsarbeit Information, Verständnis und Ausgleich schaffen.

Ein grundlegendes Erfordernis unserer Massengesellschaft ist die ausreichende Orientierungsmöglichkeit, um Zusammenhänge und Abhängigkeiten erkennen und werten zu

können. Weil unsere medienorientierte Gesellschaft Publizität weithin für Faktizität hält, sollte Öffentlichkeitsarbeit für einen ausreichenden Informationsstandard sorgen. Deshalb besteht für alle Sozialpartner die uneingeschränkte Notwendigkeit, auf der Basis von informativer Öffentlichkeitsarbeit ihre Befähigung zur eigenen Meinungsbildung auszuüben.

Verstärkt wurde dieses Erfordernis durch den unterschiedlichen Bekanntheitsgrad, den das DZI in der Öffentlichkeit hat. Obwohl Tausende von Anfragen das Institut jährlich erreichen, ist es in seinem unmittelbaren Wirkungsfeld auch und insbesondere in Berlin selbst relativ unbekannt. Bekanntheit aber ist die Grundvoraussetzung, daß das Leistungsangebot des DZI von einer breiteren Öffentlichkeit angenommen wird.

Dabei bedurfte die inhaltliche Glaubwürdigkeit einer äußerlichen Festschreibung im Sinne einer Corporate Identity. Die Arbeit des DZI sollte auch in Zukunft verstärkt an einfachen Erkennungszeichen und -signalen festgemacht sein und ihren Wiedererkennungswert steigern.

Die mit dieser Aufgabe zusammenhängenden Fragen konnten 1984 allerdings nur zum Teil gelöst werden. Wenn es in Zukunft zunehmend erfolgreich geschehen soll, muß Öffentlichkeitsarbeit einen entsprechend hohen Stellenwert im betrieblichen und außerbetrieblichen Gesamtgefüge einnehmen. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung ist Voraussetzung.

Konkret müssen sich die an der Führung Beteiligten und nach außen repräsentierenden Persönlichkeiten des DZI im Sinne einer einheitlichen Grundhaltung äußern. Das wird sicherlich erst nach einem längeren Prozeß möglich sein.

Öffentlichkeitsarbeit ist dabei mehr als mit Vorsätzen bedrucktes Papier. Die erforderlichen Informationsströme sollten offen und für jeden nachvollziehbar ablaufen. Nicht die persönliche, sondern die Meinung des Instituts, repräsentiert durch Vorstand und Geschäftsführung, ist im Verhältnis zu den diversen Öffentlichkeiten primär maßgebend. Es sollte in Zukunft versucht werden, „mit einer Zunge" zu reden.

Als konkret erarbeitete Ziele der Öffentlichkeitsarbeit verabschiedete der Vorstand folgende Zielvorstellungen:

- Erhöhung des Bekanntheitsgrades
- Dialog mit der Öffentlichkeit
- Dokumentation der Sinnhaftigkeit des DZI
- Fachliche und sozialpolitische Stärkung der sozialen Arbeit insgesamt
- Information der Medien und Meinungsmacher
- Bildung eines Meinungs-Bonus
- Imagegestaltung und -pflege
- Wiedererkennbarkeit der IuD-Arbeit
- Sympathiegewinnung

- Schaffung von Goodwill
- Vertrauensbildung
- Abwehr von Angriffen von innen und außen
- Verständnisbildung
- Mittler in kritischen Situationen
- Ausstattung des Instituts im Sinne von Corporate Identity.

Politiker, Journalisten, Hochschullehrer und andere interessierte Einzelpersonen wie auch Gruppen haben auch 1984 das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen besucht. Sie wollten generell über die Arbeit des Hauses informiert werden oder zu bestimmten Problemstellungen Aufklärung und Beratung erfahren. Die Besucher kamen u.a. aus Belgien, Chile, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Pakistan, Ungarn, USA und Uruguay.

9. Planungen und Aussichten

Die Arbeitsergebnisse des Jahres 1984 ermöglichen folgende Forderungen. Sie waren bei Redaktionsschluß zum Teil bereits realisiert oder ihre Realisierung schon in Angriff genommen.

a) Das Service-Angebot des DZI muß weiter ausgebaut werden.
b) Die dazu notwendigen Mittel – Personal, Finanzen u.a. – müssen durch organisatorische Optimierung, Erhöhung der Eigenmittel durch Auftragsarbeiten des Instituts wie aber auch mit Hilfe der Stiftungsträger erhöht werden.
c) Die Frage des Umzugs in arbeitsmäßig angemessene Räumlichkeiten soll weiter mit Energie vorangetrieben werden.
d) Die weitere Erschließung des fachlichen Umfelds wie die Einbeziehung anderer mit sozialer Arbeit befaßter Institutionen sollte verstärkt werden.

10. Dank

Vorstand und Geschäftsführung danken den führenden Repräsentanten der Zuwendungsgeber, insbesondere dem Senator für Gesundheit und Soziales und dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, der Aufsichtsbehörde, den Mitgliedern des Beirats und des Fördervereins, den Freunden des Instituts wie der interessierten Öffentlichkeit für ihre Beteiligung an dem Arbeitsergebnis 1984. Nicht zuletzt gilt der Dank auch all den Mitarbeitern, die mit sehr hoher Motivation und großem Einsatz die Arbeit des Instituts erst ermöglicht haben.

11. Gremien

11.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus den von den Stiftungsträgern entsandten Vertretern:

Werner Müller, Senatsdirektor a.D. (Vorsitzender), für den Senator für Gesundheit, Soziales und Familie

Dipl.-Volksw. Gerhard Severon (stellv. Vorsitzender), für die Industrie- und Handelskammer zu Berlin

Horst-Dieter Havlicek, Bezirksstadtrat, für den Deutschen Städtetag

Dr. Oskar Schröder, Ministerialdirigent, für den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Karl-Heinz Thiel, Hauptgeschäftsführer und Direktor der BAG, für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.

11.2 Geschäftsführung

Rainer Borgmann-Quade (bis 31.3.1984)
Lutz E. Worch (ab 1.4.1984)
Ursula Kosmale (Stellvertretung bis 31.1.1984)
Klaus Hornemann (Stellvertretung ab 1.2.1984)

11.3 Beirat

Für Bundesministerien

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung: RegDir Wolfgang Schwabe
Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: MinDirig Prof. Dr. Manfred Franke

Für die Bundesanstalt für Arbeit

Präsident Dr. h.c. Josef Stingl (bis 31.3.1984)
Präsident Heinrich Franke (ab 1.4.1984)

Für Ministerien und Behörden der Bundesländer

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Landes Baden-Württemberg*)
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung: MinDir Dr. Franz Ruf
Der Senator für Soziales, Jugend und Sport der Freien Hansestadt Bremen*)
Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales der Freien und Hansestadt Hamburg*)
Der Hessische Sozialminister: Ltd. MinR Heinz Erhard
Der Niedersächsische Sozialminister*)
Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*)
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz*)
Der Minister für Familie, Gesundheit und Sozialordnung des Saarlandes:
Ltd. MinDirig Georg Bittner
Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein*)

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege:
Das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk der Ev. Kirche in Deutschland: Dipl.-Volksw. Martin Berthold
Deutscher Caritasverband e.V.: Dr. Johannes Tobei
Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V.: Elsa Sieglerschmidt, Joachim Gribach
Deutsches Rotes Kreuz: RA Reiner Klauß
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V.: Prof. Helga Danzig
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.: Maria Brauner

Wirtschaft:
Deutscher Industrie- und Handelstag: Dr. Hans Haupt
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie*)
Siemens AG: Dr. Georg Kukies
AEG/Telefunken: Dr. Klaus Weber
OSRAM GmbH: Ass. Egbert Noack

Wissenschaft:
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.: Helen Wild, M.A.
Freie Universität Berlin: Prof. Dr. Friedrich Bschor
Technische Universität Berlin*)

Sozialversicherung:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: Direktor Prof. Dr. Kurt Jahn

Gewerkschaften:
Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Berlin: Siegfried Kolberg

Fachorganisationen
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge: Walter Schellhorn

Persönlichkeiten:
Senatorin a.D. Ella Kay, Berlin
Dr. Hanna Beate Schöpp-Schilling, Berlin, für den Berliner Frauenbund 1945 e.V.
MinR a.D. Dr. Helmut Malzahn, Bonn
SenDir a.D. Gerhard Naulin, Berlin

*) Mitarbeit als Behörde bzw. Institution ohne bestimmten Vertreter

12. Zahlenwerk

Finanzsituation

I. Haushaltsvolumen

Das Haushaltsvolumen des DZI umfaßte im Berichtsjahr
Gesamteinnahmen von DM 1.402.916,53

Der Betrag setzte sich zusammen aus den Zuwendungen
a) der Stiftungsträger,
b) der Bundesländer,
c) der Landesversicherungsanstalt Berlin,
d) des Vereins zur Förderung der Stiftung DZI,
e) aus eigenen Einnahmen.

Die Positionen teilen sich folgendermaßen auf:

zu a)	1. Senat von Berlin			DM 784.959,00
	2. Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit			DM 350.000,00
	3. Industrie- und Handelskammer zu Berlin			DM 10.000,00
	4. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege			DM 18.000,00
zu b)	Bundesländer			
	Baden-Württemberg	DM 3.500,00		
	Bayern	DM 1.500,00		
	Bremen	DM 910,00		
	Hamburg	DM 2.500,00		
	Hessen	DM 3.500,00		
	Niedersachsen	DM 4.000,00		
	Nordrhein-Westfalen	DM 10.000,00*)		
	Rheinland-Pfalz	DM 2.000,00		
	Saarland	DM 1.000,00		
	Schleswig-Holstein	DM 1.000,00	DM 29.910,00	
	*) DM 5.000,00 für 1983			
zu c)	Landesversicherungsanstalt Berlin		DM 4.000,00	DM 1.196.869,00
zu d)	Verein zur Förderung der Stiftung DZI		DM 56.500,00	
	Spenden		DM 85,00	DM 56.585,00

zu e) eigene Einnahmen

Soziale Arbeit	DM	65.952,07	
sonstige Erträge	DM	32.802,86	
Fotokopien etc.	DM	11.479,20	
Miet- und Zinserträge	DM	3.590,87	
aus Projekten	DM	35.637,53	DM 149.462,53

Den Gesamteinnahmen standen Ausgaben in Höhe von DM 1.359.532,30
gegenüber. Die größte Ausgabenposition umfaßte darin
der Personaletat, der ausgewiesen ist mit DM 956.978,83

II. Projekte

1. Video

Bestand 31.12.1983	DM	22.567,67	
Einnahmen 1984	DM	12.890,53	
Ausgaben 1984	DM	31.170,93	
Bestand 31.12.1984			DM 4.287,27

2. IZ Bonn (Vertrag 1982)

Bestand 31.12.1983	DM	21.457,24	
Einnahmen 1984	DM	0,00	
Ausgaben 1984	DM	21.457,24	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

3. IZ Bonn (Vertrag 1983)

Bestand 31.12.1983	DM	24.100,81	
Einnahmen 1984	DM	0,00	
Ausgaben 1984	DM	24.100,81	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

4. IZ Bonn (Vertrag 1984)

Bestand 31.12.1983	DM	0,00	
Einnahmen 1984	DM	47.500,00	
Ausgaben 1984	DM	47.500,00	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

5. Deutscher Fürsorgetag

Bestand 31.12.1983	DM	583,27	
Einnahmen 1984	DM	0,00	
Ausgaben 1984	DM	583,27	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

6. Lotto-Fotokopierer

Bestand 31.12.1983	DM	10.000,00	
Einnahmen 1984	DM	0,00	
Ausgaben 1984	DM	10.000,00	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

7. Spendenhandbuch

Bestand 31.12.1983	./. DM	14.787,95	
Einnahmen 1984	DM	13.038,24	
Ausgaben 1984	DM	453,00	
Bestand 31.12.1984			./. DM 2.202,71

8. Internationale Fachtagung FHSS

Bestand 31.12.1983	./. DM	872,78	
Einnahmen 1984	DM	1.877,90	
Ausgaben 1984	DM	1.005,12	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

9. Selbsthilfeprojekt Senat

Bestand 31.12.1983	DM	0,00	
Einnahmen 1984	DM	13.209,80	
Ausgaben 1984	DM	13.209,80	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

10. Btx

Bestand 31.12.1983	DM	0,00	
Einnahmen 1984	DM	117.292,03	
Ausgaben 1984	DM	19.662,64	
Bestand 31.12.1984			DM 97.629,39

11. Gutachten Jerusalem-Stift

Bestand 31.12.1983	DM	0,00	
Einnahmen 1984	DM	22.800,00	
Ausgaben 1984	DM	22.800,00	
Bestand 31.12.1984			DM 0,00

12. Int.-Soz.-Arb.-Ausb.

Bestand 31.12.1983	DM	0,00	
Einnahmen 1984	DM	2.869,97	
Ausgaben 1984	DM	0,00	
Bestand 31.12.1984			DM 2.869,97

Projekte insgesamt

Bestand 31.12.1983	DM	63.048,26	
Einnahmen 1984	DM	231.478,47	
Ausgaben 1984	DM	191.942,81	
Bestand 31.12.1984			DM 102.583,92

Einnahmen der Bibliothek (Recherchen und sonstige Gebühren)

	1983	1984
Januar	771,85	45,00
Februar	497,20	769,00
März	690,61	622,50
April	531,25	936,60
Mai	299,70	1168,20
Juni	477,25	658,30
Juli	363,45	733,60
August	576,25	1006,40
September	487,40	695,60
Oktober	545,00	545,57
November	554,30	995,20
Dezember	438,50	715,00
Gesamt	6232,76	8890,97

Bibliotheksstatistik

	Anzahl	
	1983	1984
Besucher	933	1012
Schriftliche und telefonische Anfragen	2462	2009
	3395	3021

Verteilung der Anfragen auf Themenfelder

	Anzahl	
	1983	1984
1. Sozialarbeit/Sozialpädagogik	773	627
2. Erziehungswissenschaft (auch Heilpädagogik)	104	33
3. Psychologie/Soziologie	69	57
4. Staat/Gesellschaft	142	91
5. Kinder (auch Heim-, Pflege-, Adoptionsfragen)	254	119
6. Jugendliche/Jugendhilfe (auch FE, FEH)	284	161
7. Frauen	240	170
8. Ehe/Familie	233	136
9. Ausländer (Gastarbeiter)	155	83
10. Arbeitslose (auch Jugendliche, Frauen)	76	28
11. Straffällige	186	81
12. Besondere Problemgruppen (auch BSHG)	206	146
13. Süchtige	127	91
14. Behinderte (auch Kinder, Jugendliche, Frauen)	231	135
15. Kranke/Pflegebedürftige	205	128
16. Besondere Arbeitnehmergruppen	11	–
17. Alte Menschen (auch Heimfragen)	99	130
18. Sonstige	–	9
	3395	2225

Hinweis:
Zuordnungskriterium ist stets der Adressat der Hilfe, z. B.:
„Psychosoziale Arbeit mit Geistigbehinderten" unter 14,
„Gewalt gegen Frauen in der Ehe" unter 7.

Ausgeliehene Materialien

	Anzahl	
	1983	1984
Bücher	910	539
Zeitschriften	2692	2332
Video-Geräte	32	22
Video-Filme	492	379

Anfragen 1984 an die Spenderberatung

Anfragen	Behörden	Firmen	Medien	Privat	Verbände	insgesamt
Allgemeines Sammlungswesen	10	40	41	1201	68	1359
Spitzenverbände Sozialhilfe	2	–	–	332	8	342
Entwicklungshilfe	61	122	64	3223	168	3638
Flüchtlingshilfe	3	8	15	553	28	607
Kinder- und Jugendhilfe	48	43	15	674	38	813
Patenschaften	28	36	8	2476	56	2604
Gesundheitswesen	20	28	15	194	18	275
Behinderte	26	44	10	624	40	744
Problemgruppen	5	25	13	48	7	98
Bildungswesen, Kultur, Politik	7	8	–	136	7	158
Rettungsdienste	30	10	3	214	18	275
Vertriebs- und Verlagsgesellschaften	7	16	–	96	7	126
Sonstiges	25	25	8	1045	12	1115
Dennoch-Verlag	2	5	–	179	–	186
Anfragen insgesamt	274	410	192	10995	475	12340